



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 nachstehenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für strategische Preiskontrollen bei Grundnahrungsmitteln und Energie aus.

Begründung

70 % der Teuerungen sind durch nichts anderes zu erklären als durch die Gewinnsteigerungen durch die Konzerne. Eine Preiskommission soll Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie kontrollieren und bei rein profitorientierten Erhöhungen eingreifen.

Wenn es bei Gütern des täglichen Bedarfs oder bei notwendigen Dienstleistungen zu einer Störung der Versorgung kommt, können „volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise bestimmt werden“. Das ist in Österreich geltendes Recht. Zum Einsatz gekommen ist diese Regelung etwa bei FFP2-Masken. Ohne amtliche Regulierung wäre deren Preis weit höher gelegen als bei den 59 Cent, um die sie schließlich erhältlich waren.

Die extreme Teuerung bei Strom- und Heizkosten, bei Lebensmitteln, bei Mieten und anderen Grundbedürfnissen macht eine Regulierung notwendig. Die Bundesregierung macht sich von den Kräften des sogenannten „freien Marktes“ abhängig.

Ps.: Bis in die 1980er-Jahre waren in Österreich sogar einige Grundnahrungsmittel preisreguliert. Heute wirkt eine solche Maßnahme ungewohnt, weil danach sämtliche österreichischen Regierungen auf die vermeintlichen Wunderkräfte des Marktes gesetzt haben.

Wir meinen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu leistbaren Preisen muss gesichert sein. Gesetzliche Obergrenzen bei Preisen sind dafür ein taugliches Instrument.